



Schutz vor dem Virus und hohe Bildungsqualität sicherstellen

Seit zwei Jahren beherrscht das Corona-Virus unser Leben und unsere Arbeitswelt. Besonders betroffen sind alle Institutionen der Bildung, vom Kindergarten bis zur Berufsschule oder Universität. Ein Interview mit Regierungsrätin Christine Häsler (Grüne), Direktorin Bildungs- und Kulturdirektion BKD des Kantons Bern.

Frau Regierungsrätin, wie erleben Sie als die oberste Bildungsverantwortliche im Kanton Bern die Pandemie und den Umgang der Politik damit?

Die Pandemie fordert uns allen, der gesamten Gesellschaft, sehr viel ab. Dies trifft ganz besonders auf Menschen zu, die wichtige Aufgaben innehaben, wie das Schulpersonal. In allen Bildungsinstitutionen wurde und wird hervorragende Arbeit geleistet, für die ich sehr dankbar bin und die nicht genug wertgeschätzt werden kann. Ohne den grossen Einsatz der Schulleitungen und Lehrpersonen und Dozierenden ist gute Bildung nicht möglich – erst recht nicht in einer Pandemie.

Dass Entscheidungsträgerinnen und -träger in einer Pandemie den einen oder anderen Fehler machen, liegt auf der Hand. Die Folgen der Pandemie waren nicht von Anfang an absehbar, und wir standen und stehen immer wieder vor neuen Fragen und Herausforderungen.

Wo sehen Sie wegen der Pandemie die grössten Herausforderungen für die Bildungsinstitutionen? Eher beim Schutz der Schüler:innen, Studierenden und der Lehrpersonen oder beim Sicherstellen der Bildung?

«Ohne den grossen Einsatz der Schulleitungen und Lehrpersonen und Dozierenden ist gute Bildung nicht möglich – erst recht nicht in einer Pandemie.»

Beidem gerecht zu werden – genau dies ist die grosse Herausforderung. Es ist ganz wichtig, dass wir Schülerinnen und Schüler, Studierende, das Schulpersonal und damit die Gesellschaft vor dem Virus schützen. Gleichzeitig wollten und wollen wir auch in der Pandemie eine hohe Bildungsqualität sicherstellen. Dies ist eine grosse und schwierige Aufgabe, die vor allem von den Mitarbeitenden aller Bildungsinstitutionen gelöst wurde.

Lassen sich Schutz und geregelter Schulbetrieb überhaupt vereinbaren?

Es ist im Schulbetrieb nicht anders als in der Gesellschaft: Den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten und gleichzeitig so viel Normalität wie möglich zu gewähren, ist anspruchsvoll. Dies ist die grosse Herausforderung, die sich uns seit zwei Jahren als Gesellschaft in allen Bereichen stellt, in vielen Berufen, Betrieben wie auch in den Bildungsinstitutionen.

Kritisiert wurde, dass die Lehrpersonen zum Beispiel mit der Durchführung der Tests mit zusätzlicher Arbeit belastet werden, die nichts mit ihrem Bildungsauftrag zu tun haben.

Mit dem Testen, dem Contact-Tracing, der Betreuung der Kinder in Quarantäne, dem Fernunterricht und vielem mehr waren die Lehrpersonen und das übrige Schulpersonal in den letzten zwei Jahren tatsächlich stark belastet. Als Bildungsdirektion ist uns sehr wichtig, dass wir dieses Zusatzengagement honorieren und die Zusatzarbeiten auch möglichst gut abgegolten werden.

Die Pandemie hat in den letzten zwei Jahren viel Raum eingenommen. Kommen Bildungspolitik und das Weiterentwickeln der Bildungsinhalte, pädagogisches Wissen oder Tools zu kurz?

Nein, im Gegenteil. Auch in der Bildungsdirektion wurde sehr viel Arbeit geleistet, und wir konnten viele wichtige Projekte abschliessen. So ist nun die Sonderschulbildung seit dem 1. Januar 2022 unter dem Dach der Bildung, dürfen wir die Lehrpersonen und Schulleitungen der Sonderschulen neu bei uns begrüßen. Vorantreiben konnten wir die Revision der Hochschulgesetze. Zudem haben wir eine gute, tragfähige Lösung in der Diskussion um die Französischlehrmittel erarbeitet. Zum Abschluss gelangt ist kürzlich auch das Projekt «Berufsfachschulen 2020», das zu einer Optimierung bei den Standorten der Berufsfachschulen führen soll. Mit MINT-Mobil, das im ganzen Kanton unterwegs ist, stärken wir die MINT-Förderung. Dies sind nur einige der vielen wichtigen Aufgaben, die wir erledigen oder vorantreiben konnten.

Welche positiven Folgen, welche «lesson learned» sehen Sie für die zukünftige Bildungspolitik?

Wie aus jeder Krise haben wir als Gesellschaft aus der Covid-19-Pandemie gelernt. Wir haben festgestellt, dass die Digitalisierung uns von grossem Nutzen sein kann. Gleichzeitig konnten wir erleben, wie wichtig und unersetzlich das direkte Miteinander ist. Dies gilt ganz stark in der Bildung: Kinder wie Jugendliche und junge Erwachsene sollen zusammen lernen und ihren Lehrpersonen oder Dozierenden im Präsenzunterricht begegnen können. Eine wichtige Lehre, die wir aus den Erfahrungen ziehen, ist deshalb, dass die Digitalisierung nicht alles ersetzen kann.

Was möchten Sie den Lehrpersonen und Dozierenden mitgeben?

Es ist grossartig, was die Lehrpersonen, Dozierenden und alle anderen Personen, die den Schulbetrieb tragen, in den letzten zwei Jahren geleistet haben. Ich bedanke mich herzlich für all diese unentbehrliche Arbeit!

Als Gesellschaft konnten wir feststellen, dass wir uns aufeinander verlassen können. Dies war und ist für mich persönlich ein grosses Geschenk. Mein Dank gilt deshalb allen, die mitgeholfen haben, die letzten beiden Jahre gut zu meistern.

Frau Häsler, vielen Dank für das Interview! ■

Das Interview führte **Béatrice Stucki**, VPOD-Regionalsekretärin Bern.

Service public garantieren – Schulen in der Pandemie besser schützen und unterstützen!

Ein offener Brief und eine Petition des VPOD zeigten Wirkung.

Der VPOD Bern kritisierte seit letztem Herbst, dass die kantonale Gesundheitsdirektion (GSI) ihre Verantwortung zum Schutz der Schülerinnen und Schüler (SuS) und der Lehrpersonen zu wenig wahrgenommen hat und diese auf die Bildungsdirektion und das Bildungs- und Betreuungspersonal sowie auf die Eltern abwälzte. Zwar bekannte sich die Bildungs- und Kulturdirektion BKD stets klar zum Präsenzunterricht. Doch die Weigerung der GSI, unter Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg (SVP), die regelmässigen Tests wieder einzuführen, führte gegen Ende Jahr zu so hohen Ansteckungszahlen an den Schulen – bei SuS und Lehrpersonen –, dass die Umstellung auf Homeschooling nur durch das Vorziehen der Weihnachtsferien verhindert werden konnte.

Mit einem offenen Brief an Regierungsrätin Häsler und einer Petition erzeugten wir Ende Jahr viel Druck, der letztlich auch dazu führte, dass Anfang 2022 die Gesundheitsdirektion GSI, unter Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg (SVP), das regelmässige Testen an den Schulen wieder möglich machte. Allerdings nicht obligatorisch: Die Gemeinden konnten entscheiden, ob sie die regelmässigen Tests wieder aufnehmen wollten oder nicht. Das führte zu einem Flickenteppich im Kanton und zu viel Unverständnis und Verunsicherung in den Gemeinden und den Schulen.

Weitere Informationen siehe: www.bern.vpod.ch

Text: **Béatrice Stucki**, VPOD-Regionalsekretärin Bern.



Gewerkschaftlichen Druck aufbauen!

Zwei Jahre Pandemie haben uns gefordert, aber auch überfordert. Was es jetzt braucht, sind Konzepte und Ressourcen. Von selbst werden wir diese jedoch nicht bekommen.

Von Vanessa Käser König

Die öffentliche Bildung erlebt seit über zwei Jahren eine grosse Krise – auch jetzt noch, inmitten der grossen Öffnungsschritte während anhaltender Pandemiesituation.

Doppelte Missachtung und Anforderung

Diese Krise erfasst alle Ebenen unseres Tuns als Personal des öffentlichen Bildungswesens, inklusive Kitas und Tagesschulen: Wir fühlen uns als ErmöglicherInnen, sind glücklich und engagiert mit unserer Anstellung, fühlen uns aber in der Pandemie auch als Nichtbeachtete, als Versagende und Ermüdete inmitten der schnell wechselnden und zum Teil unkoordinierten Vorgaben, welche von diversen Kommunikationskanälen auf uns, das Personal des öffentlichen Bildungswesens, auf Betreuende und LehrerInnen der Volksschule und Eltern einprasseln. Nicht selten erleben wir Lehrpersonen, die zugleich Eltern sind, eine doppelte Missachtung, da der Schweiz eine koordinierte Bildungs- und Familienpolitik fehlt.

Als Akteurin an Schulen gerate ich während der Pandemie gegenüber Eltern, Kunden, Lehrbetrieben immer wieder in die Defensive, als Mutter mit Betreuungspflichten auch gegenüber meinen Arbeitgebenden. Trotz viel Verständnis, Entgegenkommen und einem neuen Gefühl von Flexibilität (z.B. Akzeptanz der Digitalisierbarkeit vieler Settings) von vielen Seiten wird schnell klar: Es lässt sich nicht alles vereinbaren: Wir triagieren andauernd – sowohl die Bedürfnisse unserer SchülerInnen, wie unsere Ansprüche an uns selbst als Fachpersonen – wer gibt zuerst auf, wen belasten wir zusätzlich, wen lassen wir stehen? Wer wird zuerst gehört und bedient mit Leistungen? Mit Unterstützung, Vorschussvertrauen, Krediten, Härtefallgeldern und zielgruppenspezifischen Massnahmen versorgt? Klar wird

rasch: Wir Lehrerinnen und Mütter, wir sind es nicht. Auf unsere Leistung wird gezählt. Öffentlich wurden wir als relevant anerkannt, was aber vom System ignoriert wird, das uns in den Dauerleistungsmodus setzt als ein Perpetuum Mobile – seit 24 Monaten in der Ungewissheit, ohne merkbare Unterstützung und Anerkennung, ohne zusätzliche Ressourcen.

Ausbaden der politischen Versäumnisse

Und jetzt? Öffnung ohne Zwischenhalt? Nein, das wäre eine schlechte Idee.

Den einen Eltern gingen die Massnahmen zu weit, sie erlebten sie als übergriffig, den anderen ging es zu wenig weit, zu wenig schnell, zu wenig flächendeckend. Das Bildungspersonal, welches von Tag zu Tag agiert und gleichzeitig hohe Ausfälle zu beklagen hat, ist müde. Wir sichern den Betrieb – mehr geht einfach nicht mehr. Es fehlt an Konzepten und Ressourcen, die uns jetzt tragen, die das Kinds- und Jugendwohl sichern und uns solidarisch und zuversichtlich als Gesellschaft tragen. Der unbedingte Willen einer friedlichen, konsensfähigen Gemeinschaft, die sich für das Wohl der Kinder und Jugendlichen einsetzt, das ist doch das, was uns im Innern als Gesellschaft und besonders an den öffentlichen Schulen zusammenhält.

Nun aber bade ich seit Monaten aus, was seit Jahrzehnten politisch nicht angegangen, nicht ausreichend finanziert und nicht gesteuert wurde: im Klassenzimmer als Lehrperson sowie als Mutter von drei schulpflichtigen Kindern und als Mitglied einer städtischen Schulpflege. Trotz Lippenbekenntnissen werden Care- und Bildungsarbeit nicht als wertschöpfender Faktor erkannt, sodass zu wenig in diese investiert wird. Nötige politische Massnahmen werden auch durch den Föderalismus blockiert. Mit der Konsequenz, dass wir Lehrpersonen uns als Versagende fühlen, unseren Kindern und Jugendlichen auf kaum einer Ebene genügend Ressourcen, Stabilität, Beziehung oder nützliche Wartezeiten anbieten können. Dies, weil da schlichtweg nichts Praktikables angeboten und gebaut wurde, kaum zusätzliche Pools entstanden. Seit Monaten versuchen wir Normalität aufrecht zu erhalten, wo längst keine mehr ist, wo Blessuren nicht nur im Berufsalltag, sondern auch im Privaten eine verwirrende Mischung aus «Eigenverantwortung» und behertem «Leadership» angenommen haben. Humor hilft. Aber: Gewerkschaftliches Tun wird notwendiger denn je. Schreiten wir zur Tat!

Wie bauen wir uns und unsere Anvertrauten wieder auf?

Ausbruchstesten, Freitesten, Maskenpflicht, Quarantäneanordnung, Spucktests, Zertifikate, Contacttracing, Bildungsfront – Massnahmen, die vom Bundesamt für Gesundheit, von der Gesundheitsdirektorenkonferenz getragen und kommuniziert werden, werden auch von der Erziehungsdirektorenkonferenz mitgetragen und an die Kantone und die tausenden Gemeinden der Schweiz weitergereicht. Manchmal sind diese mehr, meist jedoch weniger durchdacht und an der vielzitierten «Front» kaum in die Praxis umsetzbar.

Doch die Massnahmen werden auch von mir mitgetragen und den Berufsschullernenden vorgelebt. Wichtig ist jedoch, dass ich gerade nicht an einer «Front» arbeite, sondern mit jungen, friedlichen Menschen, die unmittelbare Präsenz sowie kongruente Antworten und Haltungen erwarten. Als Lehrperson und Mutter erhalte ich zum Teil innerhalb einer halben Stunde drei divergierende Nachrichten betreffend Ausbruchsgeschehen und Testanordnungen in unseren Klassenzimmern – parallel dazu Informationen, dass unsere eigenen Kinder per sofort in Quarantäne geschickt werden. Stellvertreterorganisation, hybride Lernformen – ja, wir haben uns agil gezeigt, viel gelernt und besonders im digitalen Bereich wurden längst notwendige, gute Entwicklungen und Schritte gemacht. Aber wer zahlt die Rechnung in den kommenden Jahren? Wie bauen wir uns und unsere beruflich oder privat Anvertrauten wieder auf, nach dem Sturm, der durch unsere Klassenzimmer und Familienküchen fegte?

Ob geboostert, geimpft, genesen oder impfkritisch – was uns eint, scheint das Gefühl zu sein, von kaum einer Stelle ernst genommen, substantiell unterstützt und in die Pandemieorganisation miteingeplant worden zu sein. Die Kritik wird seitens ebenfalls organisationsmüder Eltern verständlicherweise an uns Lehrerinnen, die Schulleitenden und das Personal der Betreuung herangetragen.

Denkt uns mit!

Nun geht es in grossen Schritten Richtung Öffnung. Was nehmen wir mit? Wie holen wir auf? Wie, und vor allem wann, erholen wir uns? Wann investieren wir wieder in Schulentwicklung und Abklärungen? Wer stellt Forderungen und Fragen und sichert Erkenntnisse? Homeschooling und das Distance Learning verstärken soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Es geht nun nebst der sicheren, offenen Schule für alle vor allem auch darum, dass wir den SchülerInnen, die über zwei Jahre in prekären Verhältnissen lebten, wieder Perspektiven, Freude und Zusammenhalt bieten – mit Projektwochen, Investitionen in analoge und digitale Lerntools, Skilagern, Landschulwochen und ausserschulischen Erlebnissen. Übergeordnet muss es darum gehen, dass das von uns Geleistete auch tatsächlich anerkannt wird. Dafür müssen die in der Pandemie gewonnenen Erkenntnisse auch zu bildungs- und familienpolitischen Vorstössen führen, die Wirkung entfalten.

Die EDK gewährleistet die Koordination in wichtigen Fragen, gewiss. Doch wer stellt jetzt die richtigen Fragen? Es braucht Taten, Sicherungsmechanismen, Planung und Investitionen – mit B wie «besserer Betreuungsschlüssel» und C wie «CO₂-Messer CH-weit» könnte es beginnen. Mit dem Ausbau von Therapieplätzen, nieder-

schwelligem Angeboten für Bewerbungsunterstützung, Schnupperlehren, Sensibilisierung der Ausbildungsbetriebe und Schulen auf Sekundarstufe II muss es für die kommenden drei bis zehn Jahre weitergehen. Viele Schüler:innen haben unter den besonderen, erschwerten Bedingungen sprechen gelernt (es fehlt überall an Logopädinnen), rechnen gelernt (es fehlt an vielen Orten an nötigen Abklärungen für Förderunterricht) und vielleicht zu spät oder gar noch nie die erste Skilagerdisco erlebt (es fehlt an sozialer Begegnung und ausserschulischer Aktivität). Dies muss sich ändern.

Der Kanton Bern hat ein Projekt gestartet, damit er in Krisensituationen alle wichtigen Leistungen für die Bevölkerung, Wirtschaft und Politik gut erbringen kann. Der Berner Regierungsrat hat deshalb ein Projekt zur Optimierung des sogenannten «Business Continuity Management» (BCM) genehmigt. Als Lehrerin, Mutter und Mitglied einer Schulkommission sage ich den politischen EntscheidungsträgerInnen «Denkt uns mit!» Dies müssen wir auf allen Kanälen und den Strassen laut und solidarisch gemeinsam fordern. Unser «Business», welches von «Continuity» lebt und profitiert, hat auch Ressourcen und Sorgfalt in der zyklusspezifischen Ausarbeitung von Prozessen verdient. Wir sind die Wirtschaft. Unsere Härtefälle atmen und haben spezifische Entwicklungszeitfenster, die sich nicht auf zwei, drei Jahre früher oder später schieben lassen.

Das rasche Organisieren von Krediten für die CH-Wirtschaft war möglich, weil die Investitionen wieder zurückkommen. Die Erkenntnis, dass Investitionen in Bildung und in eine gesunde Gesellschaft ebenfalls wieder zurückkommen, hat sich in der Politik leider noch nicht durchgesetzt. Was die letzten zwei Jahre betrifft, haben wir alles getan, was wir konnten: Seien wir stolz auf unsere Tätigkeiten und Leistungen bei der Bildung, Beratung, Betreuung, Logistik in den Bildungslandschaften unserer Gemeinden! Denn nicht wir haben versagt.

Aktiv werden!

Ich freue mich jede Woche auf meine Klassen an der Integrationsvorlehre. Die Lernenden im Alter zwischen 16 und 28 vor Ort und nicht nur digital zu begleiten ist wichtig – ich habe die Gesichter der Lernenden im Klassenzimmer seit Sommer 2021 noch nie unmaskiert gesehen. Im März wollen wir mit der Klasse der Frühlingssession beiwohnen. Ob alle mit ins Bundeshaus dürfen, ist momentan nicht klar – aktuell heisst es, dass alle Massnahmen fallen sollen, dann dürften all meine SchülerInnen unabhängig ihres Impfstatus in das Bundeshaus.

Aber das ändert nichts daran, dass die Frage nach besserer Bildungssteuerung auf nationaler Ebene nicht vom Tisch ist. Damit geeignete Vorbereitungsmaßnahmen auf den nächsten Pandemie-Herbst und -Winter getroffen werden, müssen wir aktiv werden und Druck aufbauen. ■

Vanessa Käser König ist ausgebildete Primarschullehrerin und Berufsschullehrerin mit mehr als zwanzig Jahren Unterrichtserfahrung. Als Mutter von drei Kindern, VPOD-Mitglied und feministische Aktivistin bei der Eidgenössischen Kommission dini Mueter freut sie sich auf die Verbandskonferenz Bildung am 1./2. April. Sie hofft auch auf Taten.